

II - 483 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 24713

1983 -10- 19

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. MOCK, GRAF, Dr. TAUS, Dr. KÖNIG,
Dipl.-Ing. RIEGLER

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in
Österreich

Negative Kreisky-Bilanz

Die Wirtschaftsbilanz der sozialistischen Alleinregierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky und den Finanzministern Dr. Androsch und Dr. Salcher ist für die Österreicherinnen und Österreicher höchst unerfreulich:

- o Die Arbeitslosigkeit hat sich seit 1981 mehr als verdoppelt.
- o Von jedem verdienten Hunderter müssen bereits 42,-- Schilling an den Staat abgeliefert werden.
- o Die Staatsschulden explodieren und belasten künftige Generationen.
- o Die Insolvenzen nehmen beträchtlich zu und die Eigenkapitalsituation der Betriebe ist bedrohlich.
- o Die Kassen der Sozialversicherung und des Familienlastenausgleichsfonds sind leer.
- o Die Realeinkommen großer Bevölkerungskreise sinken, Wohnungen werden für junge Menschen unerschwinglich und die Regional- und Strukturprobleme immer größer.

Sinowatz/Steger setzen Weg fort

Die sozialistische Koalitionsregierung nimmt diese rasante sich verschlechternde Tendenz nicht zur Kenntnis und setzt den falschen Weg der sozialistischen Alleinregierung unbeirrt fort.

So setzt die Regierung Sinowatz/Steger weiterhin auf eine Politik der Belastungen und der Verschuldung anstelle von Sparsamkeit, Investitionsförderung und Entlastung der Wirtschaft.

Das "Mallorca-Paket mit Steger-Zuschlag", das morgen von SPÖ und FPÖ im Nationalrat beschlossen wird, hat für die österreichische Bevölkerung folgende negative Auswirkungen:

- o Die Zahl der Arbeitslosen wird durch die Belastungen im nächsten Jahr zusätzlich steigen,
- o die Inflationsrate wird um ein Drittel höher sein,
- o das Wirtschaftswachstum wird um zwei Drittel zurückgehen,
- o der private Konsum wird reduziert.

Die Österreicherinnen und Österreicher wären durchaus bereit, für die Lösung der Wirtschaftsprobleme Opfer zu bringen. Diese Opfer müßten allerdings einen Sinn haben.

- 3 -

Die Regierung Sinowatz/Steger konnte den Nachweis, daß die Belastungswelle und die damit verbundenen Opfer einen Sinn haben, nicht erbringen.

Denn: Die neuen Steuern, Abgaben und Gebühren werden nicht zur Arbeitsplatzsicherung, sondern überwiegend zur Bezahlung alter Schulden und Zinsen verwendet.

Die sozialistische Koalitionsregierung mißbraucht damit die Opferbereitschaft der Bürger.

Was heißt Kurswechsel ?

Dieser Politik der Schulden und Belastungen stellt die Volkspartei ihre Alternativen für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gegenüber.

Die ÖVP hat rechtzeitig im Jahre 1981 in ihrem "Mock-Plan" zur Sicherung der Arbeitsplätze die dringende Notwendigkeit zur Sicherstellung der Vollbeschäftigung aufgezeigt, und jene wirtschaftspolitische Konzeption entwickelt, deren Realisierung sich nunmehr als dringend notwendig erweist.

1. Konsequente Einsparungen und Beseitigung verschwenderischer Staatsausgaben.
2. Sofortige Erhöhung der Effizienz der Staatsausgaben.
3. Sicherstellung eines Belastungsstopps.

4. Schaffung eines neuen steuerlichen Anreizsystems für den Strukturwandel.
5. Abbau der wirtschaftslähmenden Bürokratie und Stärkung der Marktkräfte in allen Wirtschaftsbereichen durch Dezentralisierung, Entflechtung und Mobilitätsförderung.
6. Vorlage eines mittelfristigen Budgetsanierungskonzeptes, welches das Ziel der Arbeitsplatzsicherung mit der Notwendigkeit der Budgetsanierung in Einklang bringt.
7. Vorlage richtungsweisender Konzeptionen zum raschen Abbau von Jugendarbeitslosigkeit.
8. Nutzung neuer Produktchancen und Einleitung einer regionalen Investitionsoffensive zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.
9. Einleitung einer Mittelstandsoffensive zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Belastungsbudget vernichtet 30.000 Arbeitsplätze

Die sozialistische Koalitionsregierung hat heute dem Nationalrat ein Belastungsbudget für 1984 vorgelegt, das

- o einerseits durch steuerliche Belastungen laut Analyse der Wirtschaftsforscher 20.000 Arbeitsplätze vernichtet und andererseits

- 5 -

- o die Investitionen um 5 Mrd.S kürzt, was einen Verlust von weiteren 10.000 Arbeitsplätzen bedeutet.

Das heißt: Von der Wirtschaftspolitik dieser sozialistischen Koalitionsregierung ist kein wirtschaftspolitischer Kurswechsel zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung zu erwarten.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Warum weigert sich die sozialistische Koalitionsregierung trotz steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Staatsverschuldung den dringend notwendigen Kurswechsel der österreichischen Wirtschaftspolitik durchzuführen ?
2. Warum hat die sozialistische Koalitionsregierung bisher kein langfristiges Budgetsanierungskonzept erarbeitet ?
3. Warum weigert sich die sozialistische Koalitionsregierung beharrlich, mit einem konkreten Sparprogramm die öffentliche Verschwendung zu stoppen und nimmt stattdessen jedem österreichischen Steuerzahler im nächsten Jahr zusätzlich 8.000 Schilling ab?
4. Warum hat die sozialistische Koalitionsregierung bisher kein Konzept gegen die Zweiteilung Österreichs in Regionen mit Arbeit und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit erarbeitet ?

5. Warum hat die sozialistische Koalitionsregierung bisher kein Konzept zur Arbeitsplatzsicherung in kleinen und mittleren Betrieben, des Gewerbes, der Landwirtschaft, des Handels und des Fremdenverkehrs erarbeitet ?
6. Warum hat die sozialistische Koalitionsregierung bisher kein längerfristiges industriepolitisches Konzept erarbeitet ?
7. Was werden Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz gegen die ständige Verunsicherung der österreichischen Wirtschaft seitens des Sozialministers tun ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.